



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/197 - 27.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Nach Schumachers Tod	S. 1
Frankreich und die EVG	S. 3
Zum Katholikentag in Berlin	S. 5
Ein historisches Dokument	S. 6
Nachspiel zum Auerbachprozeß	S. 8

Müßige Kombinationen

(sp) Natürlich haben nach dem Tode Kurt Schumachers in aller Welt die Kombinationen darüber begonnen, wie sich künftig die Führung der SPD zusammensetzen und die politische Linie der Partei fortentwickeln werde. Darstellungen, die erkennen lassen, wie sehr der eigene Wunsch der Vater der geäußerten Gedanken ist, stehen neben Überlegungen mit dem offensichtlichen Bemühen um eine möglichst objektive Analyse der gegenwärtigen Situation.

Das einzig Richtungweisende und durch die Person Legitimierete, was bisher dazu gesagt worden ist, enthält ein Passus aus dem Nachruf, den Erich Ollenhauer seinem verstorbenen Freunde bei der Trauerfeierlichkeit in Hannover widmete. Er sei hier wörtlich zitiert, weil er in der damaligen Berichterstattung etwas untergegangen ist:

"Wir haben sein Werk zu vollenden, zwar ohne ihn, aber in seinem Geist. Wir stehen vor schweren Aufgaben und harten Kämpfen. Die Auseinandersetzung um das neue Deutschland ist noch nicht abgeschlossen, der soziale Inhalt der Neuordnung muß noch gestaltet werden, die Einheit Deutschlands in Freiheit liegt noch als Aufgabe vor uns. Die Eingliederung des deutschen Volkes in eine europäische und internationale Gemeinschaft der Völker auf dem Boden der Freiheit und Gleichheit muß noch vollzogen werden. Schumachers Tod hat uns von neuem gezeigt, wofür große nationale und internationale Verantwortung auf der deutschen Sozialdemokratie ruht. Mit dem Bild Schumachers im Herzen, seinen Ideen, seinem Mut, seiner Gestaltungskraft laßt uns in den Kampf und an die Arbeit

gehen, für das große Ziel, für das er gelebt, gelitten, gearbeitet hat und für das er gestorben ist".

Technisch gesehen ist der weitere Verlauf so, daß der Parteivorstand auf seiner nächsten Sitzung am 5. und 6. September zum ersten Mal die Frage der Nachfolgerschaft Schumachers beraten wird, um die Entscheidung, die der Parteitag Ende September in Dortmund zu fällen hat, vorzubereiten. Dabei geht es praktisch weniger um die Nachfolge Schumachers. Hier folgt der stellvertretende Vorsitzende nach den Satzungen der Partei bis zur offiziellen Wahl automatisch und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der vom Parteitag gewählte Nachfolger Kurt Schumachers Erich Ollenhauer heißen wird. Die Antwort auf die Frage nach dem Nachfolger Ollenhauers, als dem bisherigen Stellvertreter, wird aber wohl, auch vom formalen Wahlvorgang abgesehen, erst der Parteitag selbst bringen. Es wäre müßig, hier schon Namen zu nennen und das in Gang befindliche phantasiereiche Spiel der Vermutungen mitzumachen.

Nur soll in diesem Zusammenhang auf einen Unterschied zwischen der SPD und allen anderen Parteien in Westdeutschland hingewiesen werden: So überragend die Persönlichkeit Kurt Schumachers für seine Partei war - ihre Entstehung, Tradition, ihre innere und äußere Verfassung gewährleisten, daß auch so schwere Erschütterungen, wie sie der Tod eines Mannes vom Format Schumachers bedeuten, das Gefüge dieser Partei nicht berühren können. Sowohl bei der CDU/CSU, die ja geradezu erst eine Schöpfung Adenauers ist und die ganz und gar als auf seine Person abgestellt erscheint, wie auch bei der ähnlich zwiespältigen FDP/DVP mit ihren ganz offen zutage liegenden regionalen und politisch bestimmten verschiedenen Grundrichtungen ist das anders. Der ungleich geschlosseneren Charakter der SPD, der unbestritten ist, obwohl Mitglieder und Anhänger längst nicht mehr allein aus dem ursprünglichen Kräfte-reservoir der Arbeiter und Kleinbürger kommen, ist in der heutigen Situation ein entscheidender Vorteil.

Gewisse politische Beobachter rechnen für den Parteitag in vier Wochen mit großen Überraschungen, einige vielleicht sogar mit Sensationen gerade auf personalpolitischem Gebiet. Sie werden nicht auf ihre Rechnung kommen. Die Erinnerung an die geistige und moralische Kraft Schumacher, die innere Verpflichtung, die sich daraus ergibt, und die Gegebenheiten der geistigen und organisatorischen Tradition und Struktur der Partei werden dafür sorgen, daß dieser Kongreß alle unsachlichen und aufgeregten Vermutungen, die jetzt nach dem Tode Kurt Schumachers auftauchen, widerlegen wird.

Französisch-amerikanische Verstimmung

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Das Scheitern der Verhandlungen um die Erhöhung der amerikanischen Finanzierung der Aufrüstung Frankreichs (statt der verlangten 600 Mio Dollars wurden 200 bewilligt) unterstreicht erst eigentlich die ganze Bedeutung der Angelegenheit. Noch nie haben die Pressepolemiken auf beiden Seiten des Ozeans eine derartige Heftigkeit erreicht wie jetzt. Hier wie dort wird der Vorwurf erhoben, die aufgestellten Ziele nicht erreicht zu haben. Während man in den USA Frankreich den ewig nach Dollars plärrenden Schreihals nennt, wird hierzulande der "Geiz" des reichen Onkels rückhaltlos kritisiert.

Wie verhält es sich mit diesen gegenseitigen Anschuldigungen? Die amerikanischen Materiallieferungen sind im Rückstand und allenthalben wird festgestellt, daß man mit dem Programm von Lissabon zu weit gezielt habe. Andererseits hat aber Frankreich nicht wenig leichtfertig gehandelt, indem es sich auf derselben Konferenz mit einem Versprechen zur "wohlwollenden Prüfung" seiner finanziellen Forderungen durch die US-Delegierten zufrieden gab und sein militärisches Programm derart gestaltete, wie wenn diese "Prüfung" bereits das erwartete Resultat gebracht hätte. Das französische Heeresbudget machte in der Tat einen bedeutenden Teil der aufzunehmenden Rüstungsproduktion von einer Steigerung der amerikanischen Unterstützung abhängig.

Die negative Haltung der USA stellt nun die laufende Erzeugung, aber vor allem ihre Ausdehnung, die zur Durchführung der Lissaboner Direktive notwendig ist, in Frage. Die Amerikaner begründeten ihren Standpunkt mit der Enge ihres Budgets, was man ihnen in Paris, wo man ganz andere Finanzsorgen gewohnt ist, nicht glaubt. Hier will man die Ursache dafür in neuen strategischen Konzeptionen erkennen, deren Schwerpunkt nicht auf den klassischen, sondern auf den modernen Atomwaffen beruht. Verteidigungsminister Pleven lehnte sich in einer Rede unmißverständlich gegen solche Pläne auf und sagte, daß eine eigene Rüstungsindustrie die notwendige Basis der nationalen Unabhängigkeit sei. Er wies den Gedanken von sich,

Frankreich auf die Dauer von den Almosen der ausländischen Materialhilfe leben zu lassen.

Wie es auch sei, der schlechte Ausgang der Verhandlungen mit Washington hat die französische Regierung in eine äußerst kritische Lage versetzt. Bei dem heutigen Stand des Budgets ist die Ausrüstung neuer Truppen nur in bescheidenem Maß möglich. An eine Erhöhung der Militärausgaben kann aber auch nicht gedacht werden. Da die Ablehnung neuer Steuern ein ehernes Prinzip des Ministerpräsidenten ist, stellt sich das Problem als fast unlösbar dar. Man wird versuchen, es mehr hinauszuschieben als zu lösen, indem man die Ausgaben für die Truppen zugunsten derjenigen für die Materialproduktion kürzt.

Dies hat für die allgemeine französische Politik höchst bedeutende Folgen. Das hat bereits dahin geführt, daß Frankreich auf der vor kurzem stattgefundenen Konferenz der EVG klar gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit Stellung nahm. Es ist symptomatisch, daß der französische Vertreter seine Stellung mit dem Hinweis begründete, die Nationalversammlung müsse sich erst mit der Ratifizierung der EVG befassen. Frankreich ist heute weniger als im Frühjahr entschlossen, die EVG zu ratifizieren. Es sei denn, daß eine Veränderung im Verhalten der USA, d.h. neue Dollars, den jetzigen französischen Gram verdrängt.

Pleven sprach in der erwähnten Rede von einer Krise der Atlantikorganisation. Frankreich wird mit seinen Finanzsorgen vor den Rat derselben treten, um gegenüber den USA europäische Verbündete zu suchen. Zur gleichen Zeit wollen jedoch Nachrichten aus Washington von Differenzen im Schoß der NATO wissen. Die französischen Pläne hätten sich hier allzu sehr durchgesetzt: Sie würden sich auf die Verteidigung des Rheines konzentrieren, was nicht nur das Opfern Deutschlands bedeuten würde, sondern ebenso sehr Großbritannien in Gefahr bringt. Man tut gut, den französisch-amerikanischen Dialog auch damit in Zusammenhang zu bringen.

+ + +

Berlin, die geheime Hauptstadt Deutschlands

F.F.-Berlin

Wieder einmal hat es sich erwiesen, daß Berlin, die einstige und künftige Metropole des ganzen Deutschland, derzeit die geheime Hauptstadt der in Ost und West willkürlich voneinander getrennten Deutschen ist. Das haben im Vorjahr die Helfershelfer der Unterdrückung erkennen müssen, als sie die Jugend der Sowjetzone nach Ostberlin riefen und statt der dort beabsichtigt gewesenen Demonstration gegen Einheit in Freiheit aus dem FDJ-Treffen ein gemeinsames freiheitliches gesamtdeutsches Bekenntnis wurde. So war es gut, daß die beiden großen christlichen Bekenntnisse sich angerufen gefühlt haben, ihre Kirchentage in Berlin abzuhalten und ihrerseits die Deutschen aus West und Ost in allen Sektoren der Stadt zueinander zu führen.

Die Tiefenwirkung dieser Kirchentage ist groß. Sie ist es für die christlichen Bekenntnisse als solche, und sie ist es darüber hinaus als einheitliche nationale Manifestation. Hunderttausende Bedrückter konnten wenigstens für Tage den immer enger werdenden Ring von Lüge, Verhetzung und Terror sprengen, den die Machthaber in Moskau Auftrag um Mitteldeutschland gelegt haben. Vielfältige Impulse in West und Ost werden davon ausgehen.

Solcher unpolitischer (aber auch politischer) Treffen in Berlin kann es gar nicht genug geben. Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Technik, Wissenschaft und Forschung, alle Berufsverbände und wer immer zu Jahrestagungen zusammenkommt - sie alle sollten endlich verstärkt den Anruf des nationalen Gewissens hören, das mehr fordert als gelegentliche lendenlahme Beteuerungen zur deutschen Einheit. Sie sollten es als Verpflichtung empfinden, in Berlin, in Gemeinsamkeit mit den Freunden und Berufskollegen aus Mitteldeutschland, zu tagen und Rat und Austausch der Meinungen zu pflegen. Damit wird nicht nur die Bastion Berlin gestärkt, damit wird zugleich Baustein auf Baustein zu jener Brücke gefügt, über welche alle Deutschen in das gemeinsame Vaterland heimkehren sollen und können. Sache des Staates ist es, solchen Treffen von Deutschen aus West und Ost alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Beispielsweise bei außergewöhnlichen Fahrgeldermäßigungen zu Reisen nach Berlin werden finanzielle Aufwendungen für das gesamtdeutsche Anliegen weitaus sinnvoller angelegt als in Propagandatraktätchen von oft recht bezweifelbarem Wert.

Auch der Katholikentag hatte mehr Zuspruch und stärkeren Besuch aus der Sowjetzone als aus der Bundesrepublik. Das ist für Westdeutschland in dreierlei Hinsicht beschämend: Weil es weitaus mehr katholische Gläubige zählt als der mitteldeutsche Raum, weil es darüber hinaus mehr als doppelt soviel Einwohner hat und überdies ganz andere finanzielle und organisatorische Möglichkeiten. Von den Katholiken der Sowjetzone, denen die Behörden eher Schwierigkeiten bereiteten und auf keinen Fall Erleichterungen für die Teilnahme gewährten, sind viele Tausende zu ihrem Kirchentag oft über hunderte von Kilometern zu Fuß oder mit dem Fahrrad nach Berlin gekommen. Welche Möglichkeiten der Begegnung und Aussprache wurden allein dadurch wieder einmal versäumt, daß zu wenig Westdeutsche anwesend waren !

Die evangelische Kirche hatte dem Katholikentag ihre Häuser und mancherlei andere Hilfe zur Verfügung gestellt. Das wurde von allen Berlinern angesichts des gemeinsamen Anliegens beider Konfessionen, auch in der Abwehr gegen gemeinsame Bedrohung, begrüßt.

Es war, so muß man hoffen, nur ein Mißverstehen, wenn von katholischer Seite eine intolerante Note in diese berliner Eintracht getragen wurde. Mehrfach war gerade in letzter Zeit zu beobachten, daß Katholiken ihren Arzt oder Buchhändler nach deren Religionsbekenntnis befragten, unter Hinweis darauf, daß sie sich verpflichtet fühlten, künftig nur die Dienste von Katholiken in Anspruch zu nehmen. Solche Anzeichen von Intoleranz mögen den spanischen Kardinal Segura bestimmen, die Toleranz den "nichtkatholischen Sekten" zu versagen. In Deutschland und ganz besonders in Berlin sollte eine derartige Geisteshaltung endgültig der Vergangenheit angehören.

+ + +

Ein historisches Dokument

Am 20. August 1945 richteten Dr. Kurt Schumacher und seine engsten Freunde ein Schreiben an die britische Militärregierung, in welchem sie um die Erlaubnis der Gründung einer Ortsgruppe der SPD in Hannover baten. Die programmatische Erklärung der Ziele der SPD hat auch heute nichts von ihrer wegweisenden Bedeutung für die Zukunft verloren.

"Die Unterzeichneten bitten um die Erlaubnis, den Ortsverein Hannover der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gründen, und mit der als erlaubt bekannt gegebenen Partei an die Öffentlichkeit treten zu dürfen.

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei entspricht dem Programm der zweiten Internationale einschließlich der Labour-Party

in England und konzentriert sich in folgenden Punkten:

Überwindung des Nazismus und Militarismus durch Änderung der gesellschaftlichen, ökonomischen und geistigen Grundlagen im Sinne des Sozialismus.

Konsequente Demokratie auf allen Gebieten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

Wiedererweckung der im deutschen Volke geschwundenen Achtung vor der großen Idee der Menschheit und der menschlichen Persönlichkeit.

Pflege der großen Tradition der deutschen Geisteskultur im Zusammenleben mit den Kulturen der anderen Nationen.

Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit.

Toleranz gegenüber allen Religionen und Weltanschauungen.

Vergesellschaftung aller sozialisierungsreifen Zweige der Wirtschaft.

Planmäßige Lenkung der Wirtschaft beim Werke des Wiederaufbaues.

Tatkräftige Hilfe für alle Opfer der Politik der letzten zwölf Jahre, für alle Schwachen und Hilfsbedürftigen.

Beschleunigte Instandsetzung der Produktionsstätten und Wohnungen.

Gerechte Verteilung des Sozialproduktes, der Lebensmittel und der lebensnotwendigen Gegenstände.

Die Sozialdemokratische Partei, als die stärkste Partei Deutschlands, bekennt sich zur Zusammenarbeit mit allen unbelasteten Aufbauwilligen für ein anderes besseres Deutschland, das die Achtung und das Vertrauen der Welt genießt.

Die Mitglieder des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Hannover sind:

Dr. Kurt Schumacher, Hannover, Grünaustraße 23,

Egon Franke, Hannover, Jahnplatz 8,

Hermann Hasselbrink, Hannover, Franzstraße 6,

Alwin Karl, Hannover, Spilkerstraße 2,

Karl Lotz, Hannover, Cellerstraße 48 A,

Richard Wassermann, Hannover, Rodenstraße 2.

Der Vorsitzende
gez. Dr. Kurt Schumacher."

+ + +

Der Belastungszeuge war ein Meineidiger

(sp) Im Zusammenhang mit dem Auerbach-Prozeß sind von der Verteidigung als auch in der Öffentlichkeit schwere Vorwürfe gegen die bayerische Justizverwaltung erhoben worden. Schon in den ersten Tagen des Prozesses mußte der Staatsanwalt einen Großteil seines Anklagematerials fallen lassen. Er stützte sich auf unbewiesene Behauptungen und auf willkürlich und einseitig zusammengetragene Zeugenaussagen. Was übrig blieb, waren aus den Wirren jener Tage verständliche Verfehlungen, für die der unglückliche Auerbach zu zweieinhalb Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, woran er zerbrach.

Einer der Hauptbelastungszeugen, dessen Aussage das Gericht zu seinem hartnäckigen Urteilspruch bewog, war der Münchner Architekt Karl Diekov. Dieser Mann sitzt heute wegen überführten Meineids selbst im Gefängnis. Und das Erstaunliche dabei: Das Meineidsverfahren gegen Diekov lief schon im Januar dieses Jahres, dennoch wurde dieser fragwürdige Zeuge unter Eid im Auerbach-Prozeß vom Gericht vernommen. Seinen Beschuldigungen hatten die Richter mehr Gewicht zuerkannt als den Unschuldsbeteuerungen Auerbachs.

Es wird noch durch das schwebende Berufungsverfahren und durch den vom bayerischen Landtag eingesetzten Untersuchungs-Ausschuß zu klären sein, ob nicht das Gericht bei der Bewertung der Aussagen von Belastungszeugen jene Sorgfalt vermissen ließ, die gerade in diesem Prozeß geboten schien. Der Fall des meineidigen Diekov beweist, daß hier noch viele dunkle Hintergründe aufzuhellen sind. Die Achtung vor der Justiz und die Gerechtigkeit, auf die der tote Auerbach Anspruch hat, gebieten es.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau